

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G


Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

Kinderrechte endlich vorbehaltlos umsetzen!

von Diana Golze

Die Geschichte der vollständigen Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention ist eine lange – für das so kinderfreundliche Deutschland beschämend lange. Die Tatsache, dass auch in dieser Legislaturperiode der noch bestehende Vorbehalt nicht aufgehoben wird, ist immer wahrscheinlicher. Denn Anträge der Oppositionsfractionen, die genau dies fordern, sind wiederholt von der Tagesordnung des Familienausschusses heruntergenommen worden – jedes Mal auf Antrag der beiden Koalitionsfractionen. Nun hat DIE LINKE dieses Thema über die Geschäftsordnung ins Plenum zurückgeholt.

Gegenstand der Debatte sind die Anträge der LINKEN und der Grünen, die jeweils die Rücknahme der Vorbehalte fordern. Diese waren bei der Ratifizierung der Konvention 1992 formuliert worden und sind durch Änderungen der Gesetzgebung bis auf einen erledigt. Der verbliebene strittige Punkt bleibt der Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die als Flüchtlinge in unser Land kommen. Denn obwohl jeder Mensch laut der UN-Konvention bis zum 18. Lebensjahr als Kind

gilt und damit besondere Schutzrechte genießt, werden diese Jugendlichen bereits ab dem 16. Lebensjahr als verfahrensmündig angesehen. Dass heißt, dass ihnen ein Asylverfahren zugemutet wird – allein und ohne Beistand, z.B. durch einen Vormund.

Deutschland hat als Vertragsstaat die Verpflichtung übernommen, alle geeigneten Maßnahmen zur Verwirklichung der mit diesem Übereinkommen anerkannten Rechte vorzunehmen. Doch der Umgang mit Flüchtlingskindern in Deutschland zeichnet immer noch ein Bild, dass nicht von der Sorge um die bestmöglichen Entwicklungschancen dieser Kinder geprägt ist: Abschiebehaft, Flughafenverfahren, unwürdige Verfahren zu Feststellung ihres realen Alters und die Unterbringung in Massenunterkünften sind nicht im Sinne des Kindeswohls!

DIE LINKE fordert: Der Vorbehalt muss endlich zurückgenommen werden! Kinderrechte müssen endlich in der bundesdeutschen Gesetzgebung verankert werden! Sie müssen für alle Kinder, die hier leben gelten – unabhängig von Nationalität, Sozial- oder Aufenthaltsstatus!

In dieser Ausgabe:

LINKE will umfassendes Anti-Krisen- und Zukunftsprogramm
 Dagmar Enkelmann

Links zu Thema Finanzkrise

Reichtum und Strafrecht
 Wolfgang Neskovic

Lohndiskriminierung von Frauen darf nicht länger hingenommen werden

Politische Kommunikation im digitalen Zeitalter

Pressemittelungen und Reden der Landesgruppenmitglieder

(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche

Eintritt frei!
DIE LINKE.

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

**LINKE will umfassendes Anti-Krisen- und
 Zukunftsprogramm**
 von Dagmar Enkelmann



Das eigentliche Problem in der Krise ist die Bundesregierung selbst. Sie erweist sich zunehmend als handlungsunfähig, ergeht sich in purem Aktionismus wie der Abwrackprämie. Dazu kommen "Trostpflasterchen" wie der Kinderbonus oder Steuererleichterungen, die durchschnittlich oder gering Verdienenden wenig bringen. Wenn die Kanzlerin die Menschen auffordert, Hoffnung und Optimismus zu haben, klingt das nach Geisterbeschwörung.

Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank rechnet mit einem Minus von 5 Prozent beim Wirtschaftswachstum. Im Januar 2009 brach der Umsatz des verarbeitenden Ge-

werbes - verglichen mit Januar 2008 - um 20 Prozent ein. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Zahl der Kurzarbeiter liegt bereits bei 1,5 Millionen, auch die der Insolvenzen nimmt zu. Opel ist wirklich überall.

Angesagt ist ein nachhaltiges Handeln, notwendig sind langfristig wirksame konjunkturfördernde Maßnahmen. DIE LINKE brachte dazu ein umfassendes Antikrisen- und Zukunftsprogramm in den Bundestag ein (Drs. 16/12245). Dessen Kernpunkte sind:

1. Demokratisierung der Wirtschaft. Wenn Unternehmen mit öffentlichen Geldern gestützt werden, müssen öffentliche Hand und Beschäftigte reale Eigentums- und Mitspracherechte erhalten.

2. Einrichtung eines Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro für sozial-ökologische Umstrukturierung. Damit könnten z.B. die Potenziale, die erneuerbare Energien für Klimaschutz und Arbeit bieten, schneller erschlossen werden.

3. Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Das heißt u.a. für eine ausreichende Kinderbetreuung und geringere Schülerzahlen pro Klasse zu sorgen.

4. Schaffung eines "Schutzschirms für Menschen". Dazu zählen ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, der bis zu eine Million neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze bietet; die Verlängerung des ALG I sowie Erhöhung des ALG II auf 435 Euro; die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sowie der Ausbau der Altersteilzeit.

Finanzierbar ist das durch ein gerechtes Steuersystem, zu dem für DIE LINKE - neben der Wiedereinführung der Vermögens- und der Börsenumsatzsteuer - auch eine Millionärsteuer gehört. Diejenigen, die vor der Krise von den exorbitanten Renditen profitiert haben, sollen nun zur Bewältigung der Probleme beitragen.

FINANZ- &
WIRTSCHAFTS-
KRISE

FINANZ- &
WIRTSCHAFTS-
KRISE

FINANZ- &
WIRTSCHAFTS-
KRISE

Links zu Thema der Fraktion:

Finanz- und Wirtschaftskrise

<http://www.linksfraktion.de/finanzkrise.php>

Wirtschaftspolitik

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1729026680

Öffentlich finanzierte Beschäftigung

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1772228569

Managergehälter

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1714479897

Die Krise der Automobilindustrie - unser Konzept für Opel!

<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1594558237>



Flugblatt: Ein Schutzschirm für Menschen

Opel ist überall! Unsere Forderung: Steuergelder dürfen nur in den Erhalt von Arbeitsplätzen fließen, nicht in ihren Abbau. Bei Opel und in der gesamten Industrie muss der Grundsatz gelten: Die Beschäftigten müssen Miteigentümer werden. Für DIE LINKE stehen die Menschen an erster Stelle.

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7793858825.pdf>



Folder: Milliarden verzoct, Vertrauen verspielt, der Casino-Kapitalismus ist gescheitert.

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7709848747.pdf>



Clara: Zukunft veruntreut

Die SPD hat unter der Fahne der Deregulierung, Flexibilisierung, Umverteilung von unten nach oben und Niedriglohnpolitik die Entfesselung des Kapitalismus gestützt. Nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise das Scheitern dieser Ideologie offenbart, tut sich auch konzeptionell ein sozialdemokratischer Abgrund auf. Die Ökonomie ist der Knackpunkt. Die Bundesregierung und der SPD-Vorsitzende dokumentieren seit mehr als 18 Monaten, dass sie die Krise nicht begreifen.

http://www.linksfraktion.de/publikationen_clara.php

Reichtum und Strafrecht

von Wolfgang Neskovic

Ein tragendes Grundprinzip der rechtsstaatlichen Demokratie ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Dieses Grundprinzip ist im Strafrecht nur unzureichend verwirklicht.

Besonders deutlich wird dies, wenn in spektakulären Fällen von Wirtschaftskriminalität gut betuchte Täter einen "Deal" mit dem Gericht schließen. Wirtschaftskriminelle können über einen "Deal" in der Regel - ganz egal, wie hoch der angerichtete Schaden ist - eine Einstellung des Verfahrens erreichen. Höchstens droht ihnen einmal eine Bewährungsstrafe. Im Bereich der sogenannten Bagatellkriminalität (Schwarzfahren, Ladendiebstahl etc.) findet dagegen eine unnachgiebige Strafverfolgung statt.

Eine Ungleichbehandlung lässt sich aber auch in anderen Bereichen des Strafrechts feststellen. In dieser Woche beschäftigte den Deutschen Bundestag die Frage, wie hoch bei einer Geldstrafe ein einzelner Tagessatz sein kann. Bisher lag diese Höchstgrenze bei



5.000 Euro. Die Regierungsparteien wollen in ihrem Gesetzentwurf eine Anhebung auf 30.000 Euro.

DIE LINKE hat sich zu dem Gesetzentwurf enthalten, weil nicht einsichtig ist, warum es überhaupt eine Obergrenze gibt und weiter geben soll. Richtig wäre deren ersatzlose Streichung gewesen.

Das Gericht berechnet die Höhe eines Tagessatzes auf der Grundlage des durchschnittlichen Tageseinkommens des Täters. Damit soll erreicht werden, dass der „Reiche“ durch die Strafe möglichst gleich hart getroffen wird wie der „Arme.“

Dieses Ziel - das haben die Regierungsparteien zutreffend erkannt - ist mit einem Höchstbetrag von 5.000 Euro nicht zu erreichen. Seltsam ist nur, dass die Erkenntnisbereitschaft der Regierung bei 30.000 Euro endet. Denn es gibt auch Menschen, die mehr als 30.000 Euro pro Tag verdienen, besser gesagt: erhalten. Dass diese Menschen nicht auch die Strafe bekommen, die ihrem Einkommen entspräche, ist zutiefst empörend.

Lohndiskriminierung von Frauen darf nicht länger hingenommen werden

von Kirsten Tackmann



24 % weniger Lohn als ihre männlichen Arbeitskollegen bekommen Frauen hierzulande für die gleiche oder gleichwertige Arbeit. Im Durchschnitt! In den kleinen Städten und Dörfern sind es sogar nach einer aktuellen Studie mehr als 30%. Interessanterweise wird die Schere zwischen Frauen- und Männerlöhnen sogar noch größer, je höher Frau die Karriereleiter hinauf klettert. Und auch ein Ost-West-Vergleich zeigt Auffälliges: hier ist die Lohndiskriminierung geringer, aber nur, weil die Männer im Osten diskriminiert werden und der Platz nach unten nicht mehr so groß ist.

Die Gründe für die Lohndiskriminierung von Frauen sind vielfältig und seit langem bekannt. Berufe, in denen Frauen dominieren,

werden systematisch schlechter bezahlt. Zum Beispiel wird die soziale Kompetenz, die Frauen im Bildungs- oder im Pflegebereich einbringen, als Berufsvoraussetzung bewertet und nicht bezahlt. Körperliche Arbeit an überwiegend männlichen Arbeitsplätzen dagegen wird als zusätzliche Belastung bewertet und gut bezahlt. Um das zu ändern brauchen wir z. B. proaktive gesetzliche Bestimmungen, die für Tarifverträge und Entlohnungssysteme sorgen, die nicht geschlechtsdiskriminierend wirken. Das ist einer der Vorschläge des Antrags, den DIE LINKE im Bundestag diese Woche zur Abstimmung vorgelegt hat, damit der gesellschaftliche Skandal endlich überwunden wird. Übrigens am Vorabend des „Equal Pay Days“ am 20. März. Also des

Tages, bis zu dem Frauen jedes Jahr auf Grund der Lohnlücke de facto ohne Bezahlung arbeiten. Niedrigere Entlohnung ist auch die Folge des zumindest zeitweise oft nötigen Verzichts auf Erwerbsarbeit nach der Geburt von Kindern. Auch die aktuell immer schwieriger werdende Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirkt sich lohndiskriminierend aus: Frauen arbeiten immer öfter in schlecht bezahlten Teilzeitjobs, weil die Regelarbeitszeiten und Arbeitswege immer länger und flexibler werden, die Arbeitsbelastung steigt. Das bremst dann auch die berufliche Karriere aus. Deshalb trägt eine 50% Quotierung in allen Entlohnungs- und Hierarchiestufen von Unternehmen zur Lohngerechtigkeit bei. Außerdem wird ein Verbandsklagerecht gebraucht, damit Frau nicht in ihrem Einzelfall die Lohndiskriminierung nachweisen muss, was ja oft schwierig ist. Obwohl noch am 5. März in der „Frauentagsdebatte“ des Deutschen Bundestages alle Fraktionen beteuert haben, dass beim Thema Lohndiskriminierung dringender Handlungsbedarf besteht, wurde unser Antrag dieses Mal leider von allen abgelehnt.

Politische Kommunikation im digitalen Zeitalter von Lothar Bisky

Im Digitalzeitalter sollte die Vermittlung von Politik verstärkt auf das Leitmedium **Internet** setzen. Bereits jetzt zeichnet sich eine synergetisch medienübergreifende Nutzung von Fernsehinhalten, Presse- und Internetangeboten im Verbund mit der Herausbildung integrierter Medienformate immer stärker ab. TV- und Online-Angebote werden künftig verschmelzen. Dies bildet Chance und Herausforderung zugleich: Einerseits kann im Vergleich zu herkömmlichen Rundfunkangeboten nun kostengünstig produziert werden, andererseits können insbesondere die jüngeren Generationen – die sogenannten „digital natives“ – gezielt angesprochen werden.

Die Vermittlung von Politik sollte demnach Bewegtbild, Information und Beteiligung verbinden. Mit den neuen Technologien von Web-TV bis Web2.0 bestehen dazu die besten Möglichkeiten. Mit der sich schnell entwickelnden Digitaltechnik wird sowohl die zeitsouveräne Nutzung von Bewegtbildern möglich als auch die Kombination aus Sehen in Echtzeit



und gleichzeitiger Nutzung von textbasierten Informations- und Community-Systemen. Hierin liegt die Zukunft elektronischer Kommunikation.

Der Bundestag hat sein Vorhaben eines unverschlüsselt ausgestrahlten Parlamentskanals im vergangenen Jahr zunächst zurückgezogen. Vorausgegangen war eine Zusage des Senders PHOENIX, die Berichterstattung über die Debatten im Plenum auszuweiten. Mit der zunehmenden Verlagerung von elektronischer Kommunikation ins Internet jedoch ist es nur eine Frage der Zeit, bis eine neue Debatte über angemessene Formen

in der Vermittlung von Politik neu ausbricht.

Auch für die Darstellung linker Politik ergeben sich mit der Digitalisierung neue Entfaltungsmöglichkeiten: In Form der Etablierung eines eigenen Web-TV-Senders wird es erstmals die Möglichkeit geben, alternative Informations- und Nachrichtenformate mit einem einmaligen und einfachen Einrichtungsaufwand als Alltagsbegleiter empfangbar zu machen. Das bedeutet eine mediale Alternative zu den Mainstream-Medien von heute.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.lothar-bisky.de>



Rede: Sumpf aus Gier und Spekulation trockenlegen

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1319081197>

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



PE: Steinmeiers unseriöse Versprechen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1212760553>

PE: Bundesregierung hat Arbeitsagentur finanziell geschwächt

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1200365928>

<http://www.diana-golze.de>



PE: Jugendliche in Deutschland – Opfer einer desinteressierten Gesellschaft?

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1277416793>

PE: Kinderbetreuung braucht mehr als nur Finanzspritzen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1244918101>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



PE: Unbarmherzige Rechtsprechung

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1289996144>

PE: Parlamentarier brauchen besseren Schutz vor Geheimdiensten

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1222017197>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



PE: Entgeltdiskriminierung ist inakzeptables Unrecht

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1266911331>

PE: Späte Schwangerschaftsabbrüche: freiwillige Beratung statt staatliche Unterweisung notwendig

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1210302405>

PE: Haßleben: Bedenken der Bürgerinitiative ernst nehmen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1284605016>

PE: Kein Bombodrom. Nirgends – auch nicht für österreichische Eurofighter-Piloten!

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1234339665>

Rede: Kein FDP-Freibrief für die Saatgut-Konzerne!

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1368408632>

info @

(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche

info @

Parlamentarische Initiativen der LINKEN dieser Sitzungswoche (Auszug):

Die Fraktion beantragte diese Woche eine Aktuelle Stunde zum Thema »Opel eine Zukunft geben«. Sie fordert in Anträgen, die Entgeltgleichheit für Frauen durchzusetzen und im Antrag »Sicherheit und Zukunft« eine Initiative für ein sozial gerechtes Antikrisenprogramm. Die Rente ab 67 soll zurückgenommen und Manager sollen an den Kosten der Finanzmarktkrise beteiligt werden. Weitere Schwerpunkte für DIE LINKE sind die Regierungserklärung zu den EU- und G20-Gipfeln sowie das Finanzmarktstabilisierungsgesetz.

„Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern wirksam durchsetzen“

Drs. 16/11192 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797885825_1611192.pdf

„Manager der Finanzbranche an den Kosten der Finanzmarktkrise beteiligen“

Drs. 16/10827 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765725909_1610827.pdf

„Sicherheit und Zukunft - Initiative für ein sozial gerechtes Antikrisenprogramm“

Drs. 16/12245 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7786901434_1612245.pdf

Zu der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfes der Fraktionen CDU/CSU und SPD - Drs. 16/11740 (»Konjunkturpaket«)

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7790332155_1611952.pdf

Alle Anträge, Gesetzesinitiativen, Kleine Anfragen etc. der LINKEN der 16. Legislaturperiode finden Sie auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter : <http://www.linksfraktion.de/initiativen.php>

Namentliche Abstimmungen zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz

Abgestimmt wurde über Artikel 3 des Gesetzentwurfs der Fraktionen CDU/CSU und SPD sowie der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes

Abgestimmt wurde der Gesetzentwurf im Ganzen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sowie der Bundesregierung

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	188	0	4
SPD	194	0	0
FDP	0	57	0
DIE LINKE	0	47	0
B90/Grüne	43	0	0

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	187	2	3
SPD	192	1	0
FDP	0	55	0
DIE LINKE	0	47	0
B90/Grüne	0	0	43

28.03.2009 12:00 Uhr Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main



Wir zahlen nicht für eure Krise!

Für eine solidarische Gesellschaft!